

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Karl Nolle
SPD-Fraktion

Thema: Umwandlung der Sachsen LB in eine Aktiengesellschaft – Zukunft, Kontrolle und Steuerung einer Sachsen LB AG durch den Aktionär Freistaat Sachsen und den Sächsischen Landtag (4)

Bezug: Beigefügter Brief an den Finanzminister Horst Metz und an alle Abgeordneten der demokratischen Fraktionen vom 15.06.2007

1. Wer hat wann vorgeschlagen oder entschieden, dass Sachsen LB und WestLB künftig gemeinsam in einem Konzern zusammengeschlossen werden sollen und warum?
2. Wurden Gespräche und Verhandlungen seitens des Freistaates oder dessen Beauftragten auch mit anderen möglichen Partnern (etwa: BayernLB, LBBW) geführt? Wenn ja: von wem und mit welchem Ergebnis?
3. Das Eigenkapital der Sachsen LB stammt aus den öffentlichen Quellen von Kommunen und Freistaat. Nach einer Umwandlung der Bank in eine AG sind die von SFG und Freistaat gehaltenen Aktien aus Haushaltsmitteln finanziert und unterliegen den Haushaltsgrundsätzen. Wie soll sichergestellt werden, dass der Verkauf oder die Übertragung von Aktien der Sachsen LB AG nicht gegen Haushaltsbestimmungen verstößt?
4. Wie soll die Einhaltung von Haushaltsgrundsätzen gewährleistet werden, wenn es keinen Wettbewerb und damit keine Marktpreise für Aktien der Sachsen LB AG geben wird und wie kann konkret vermieden werden, dass Aktien an einer Sachsen LB AG von Freistaat / SFG unterhalb ihres Wertes veräußert oder übertragen werden?
5. Welche Vereinbarungen gibt es, die dem Freistaat Sachsen / dem Sächsischen Landtag und der SFG künftig Mitwirkungsrechte und Kontrollrechte an der Sachsen LB AG zusichern? Wenn es derartige Vereinbarung nicht gibt: warum nicht?

Dresden, 22. Juni 2007



Karl Nolle, MdL

Eingegangen am: 25. JUNI 2007

Ausgegeben am: 03. SEP. 2007



SÄCHSISCHES
STAATSMINISTERIUM
DER FINANZEN

DER STAATSMINISTER

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN
Postfach 100 948 • 01076 Dresden

Präsident des Sächsischen Landtages
Herrn Erich Iltgen, MdL
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Dresden, 03. September 2007
L/K/44-VV9200-33/28-34564

Kleine Anfrage des Abgeordneten Karl Nolle, SPD-Fraktion

Drs.-Nr.: 4/9221

**Thema: Umwandlung der Sachsen LB in eine Aktiengesellschaft – Zukunft,
Kontrolle und Steuerung einer Sachsen LB AG durch den Aktionär
Freistaat Sachsen und den Sächsischen Landtag (4)**

Sehr geehrter Herr Präsident,

namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die o. g. Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wer hat wann vorgeschlagen oder entschieden, dass Sachsen LB und WestLB künftig gemeinsam in einem Konzern zusammengeschlossen werden sollen und warum?

Frage 2:

Wurden Gespräche und Verhandlungen seitens des Freistaates oder dessen Beauftragten auch mit anderen möglichen Partnern (etwa: BayernLB, LBBW) geführt? Wenn ja: von wem und mit welchem Ergebnis?

Zusammenfassende Antworten auf die Fragen 1 und 2:

Es wird auf die Beantwortung der Fragen 1 und 2 sowie der Fragen 4 und 5 der Drucksache 4/9218 verwiesen.



Frage 3:

Das Eigenkapital der Sachsen LB stammt aus den öffentlichen Quellen von Kommunen und Freistaat. Nach einer Umwandlung der Bank in eine AG sind die von SFG und Freistaat gehaltenen Aktien aus Haushaltsmitteln finanziert und unterliegen den Haushaltsgrundsätzen. Wie soll sichergestellt werden, dass der Verkauf oder die Übertragung von Aktien der Sachsen LB AG nicht gegen Haushaltsbestimmungen verstößt?

Frage 4:

Wie soll die Einhaltung von Haushaltsgrundsätzen gewährleistet werden, wenn es keinen Wettbewerb und damit keine Marktpreise für Aktien der Sachsen LB AG geben wird und wie kann konkret vermieden werden, dass Aktien an einer Sachsen LB AG von Freistaat / SFG unterhalb ihres Wertes veräußert oder übertragen werden?

Zusammenfassende Antworten auf die Fragen 3 und 4:

Dies wird durch ein Auswahlverfahren für Interessenten und durch eine Unternehmensbewertung gewährleistet. Entsprechend wurde auch bei der Veräußerung an die LBBW verfahren (Unternehmensbewertung mit Stichtag zum 31.12.2007).

Frage 5:

Welche Vereinbarungen gibt es, die dem Freistaat Sachsen / dem Sächsischen Landtag und der SFG künftig Mitwirkungsrechte und Kontrollrechte an der Sachsen LB AG zusichern? Wenn es derartige Vereinbarung nicht gibt: warum nicht?

Es wird auf die Beantwortung der Fragen 1 und 2 der Drucksache 4/9218 verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung



Helma Orosz